

Was die Wahlprogramme der Parteien zum Thema Antisemitismus sagen

Blau hervorgehoben im Text sind unsere Bewertungen und Kommentare, sowie die Worte Antisemitismus/antisemitisch. Wir haben nur Parteien ausgewählt, die eine realistische Chance haben, die 5%-Hürde zu knacken. Die Parteien sind nach der Sitzverteilung des noch amtierenden 20. Deutschen Bundestags sortiert.

SPD

Insgesamt 7 Treffer für „Antisemitismus“ bzw. „antisemitisch“, Link zum Wahlprogramm: <https://mehr.spd.de/custom-static-assets/documents/Regierungsprogramm.pdf>

Das Thema Antisemitismus wird im Wahlprogramm der SPD erstmals in der Vorrede zum Kapitel „Sich in Deutschland sicher und zu Hause fühlen“ – „15. Wir kämpfen für Zusammenhalt und gegen die Feinde der Demokratie“ (S.40) erwähnt:

*„Diskriminierung, Rassismus, Rechtsextremismus, **Antisemitismus**, Islamismus wie alle anderen Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit bekämpfen wir. Dabei suchen wir den Schulterchluss zu allen Demokratinnen und Demokraten sowie Organisationen für eine starke Zivilgesellschaft.“*

Das Kapitel 15 ist unterteilt in „Wir wollen Demokratie erlebbar machen und die Zivilgesellschaft in ihrem Engagement unterstützen“ – „Wir wollen Diskriminierung entschlossen bekämpfen“ – „Wir wollen Extremismus vorbeugen und bekämpfen“.

Im ersten Unterpunkt (S. 40/41) wird eine „bessere historische Bildung zur Stärkung des kritischen Geschichtsbewusstseins“ gefordert und soll durch Strukturförderung von Bildung, Museen und Gedenkstätten sowie ehrenamtlichen Initiativen erfolgen. **Das Thema Holocaustgedenken ist hier sicherlich mitgedacht, wenn auch nicht wörtlich erwähnt.** Bürgerräte, Demokratiefördergesetz, Forschung, kulturelle Offenheit und Integration im öffentlichen Dienst sowie interreligiöser Dialog und ein Bekenntnis zur Religions- und Weltanschauungsfreiheit runden den Punkt ab.

Nach dem zweiten Unterpunkt, welcher eine Modernisierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) und einen Nationalen Aktionsplan Antidiskriminierung fordert, wird im dritten Unterpunkt „Wir wollen Extremismus vorbeugen und bekämpfen“ folgendes Modell präsentiert: Neben Präventionsarbeit, die Demokratiefeindlichkeit entgegenwirken soll, Offenlegung der Finanzquellen rechtsextremistischer Netzwerke, intensiver Überwachung extremistischer Bestrebungen, bessere Kontrolle des Zugangs zu Waffen, Entfernung von Verfassungsfeinden aus dem öffentlichen Dienst und Kampf gegen ausländische Desinformationskampagnen wird unter dem Punkt „Islamismusbekämpfung“ (S. 42) Antisemitismus noch einmal beim Namen genannt:

*„Wir bekämpfen Islamismus mit ganzer Kraft und voller Härte und stärken die Islamismusprävention weiter. Wir entziehen Islamisten Räume und Finanzen und zeigen damit klar, dass Islamismus und **Antisemitismus** keinen Platz in Deutschland haben. Wir wollen zivilgesellschaftliche Initiativen stärken, der Radikalisierung vorbeugen, und zugleich die Sicherheitsbehörden mit den nötigen Mitteln ausstatten, um islamistische Netzwerke konsequent zu zerschlagen.“*

Im selben Kapitel, Unterpunkt „Wir kämpfen gegen Menschenfeindlichkeit in all ihren Formen“ (S. 45) wird darauf darauf hingewiesen, dass die „Diskriminierung in öffentlichen und digitalen Räumen durch Rechtspopulisten, Rechtsextremisten und andere Kräfte“ „in erschreckendem Maße zugenommen“ hat.

Schließlich widmet sich im selben Kapitel der Unterpunkt „Wir kämpfen gegen **Antisemitismus** und für jüdisches Leben in Deutschland“ dem Thema noch gesondert:

*„Deutschland trägt eine besondere Verantwortung im Kampf gegen **Antisemitismus**. Wir müssen vor ihm warnen und laut und sichtbar gegen ihn eintreten, egal ob er von Rechtsextremisten, Islamisten oder anderen menschenfeindlichen Bestrebungen ausgeht. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Verpflichtung. Alle Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen müssen deutlich machen, dass für antisemitische Ansichten in ihren Reihen kein Platz ist.*

Wir sind dankbar für das jüdische Leben und die jüdische Kultur in Deutschland. Sie ist eine Bereicherung unserer Gesellschaft und angesichts unserer Geschichte eine besondere Vertrauenserklärung gegenüber unserer Demokratie und unserem Rechtsstaat.

Deshalb setzen wir uns weiterhin für die Förderung und den Schutz jüdischen Lebens in Deutschland ein und unterstützen engagiert die jüdische Gemeinschaft in unserem Land. Dies umfasst die Stärkung der Sichtbarkeit jüdischen Lebens, das Wachhalten der Erinnerung an die Shoah sowie die Förderung von Gedenkstätten und Bildungsarbeit.

Die Sicherheit jüdischen Lebens muss sowohl im öffentlichen als auch im digitalen Raum gewährleistet sein. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass Hochschulen sichere Orte für jüdische Studierende und Lehrende sind und antisemitisches Verhalten konsequent geahndet wird.“

Konkrete Ideen gibt es in diesem Abschnitt eher weniger, dafür Bekenntnisse zum Schutz jüdischen Lebens in Deutschland und zu unserer besonderen Verantwortung, sowie die Willensbekundung, gegen Antisemitismus vorzugehen. Antisemitismus wird tendenziell als ein Phänomen gesehen, das von Gruppen ausgeht, die an den extrem(istisch)en Rändern der Gesellschaft vorzufinden sind.

CDU

Insgesamt 18 Treffer für „Antisemitismus“ bzw. „antisemitisch“, Link zum Wahlprogramm:
<https://www.politikwechsel.cdu.de/sites/www.politikwechsel.cdu.de/files/docs/politikwechsel-fuer-deutschland-wahlprogramm-von-cdu-csu-1.pdf>

Das Wahlprogramm der CDU bietet zu Beginn eine Kurzfassung an. Hierin, auf S. 5, wird unter der Überschrift „Schutz und Sicherheit – die Feinde unseres Staates bekämpfen“ neben hartem Durchgreifen gegen Rechts- und Linksextremismus geplant, Unterstützung von Terrororganisationen konsequenter unter Strafe zu stellen, Moscheen zu schließen, die Hass und **Antisemitismus** predigen und verfassungsfeindliche und **antisemitische** Aussagen sowie das Zeigen entsprechender Symbole konsequent zu bestrafen.

Dieser Umriss wird ab S. 42 ausformuliert, wo jeder einzelne der eben erwähnten Punkte ausführlich beschrieben wird und mit konkreten Ideen und Maßnahmen flankiert wird (S.43):

- *Stoppschild für Islamismus. Islamistischer Terrorismus und politischer Islam sind unterschätzte Gefahren. Den ideologischen Nährboden dieses religiös motivierten politischen Extremismus nehmen wir intensiver in den Blick. Wir dulden keinerlei Rückzugsräume und schließen Moscheen, in denen Hass und **Antisemitismus** gepredigt wird. Wir bauen die Grundlagenforschung an Hochschulen im Bereich des gewaltbereiten und des nicht gewaltsam agierenden Islamismus aus und verzahnen sie mit dem Handeln unserer Sicherheitsbehörden. Den Expertenkreis „Politischer Islam“ setzen wir wieder ein.*

- *Klare Regeln in Zusammenarbeit mit muslimischen Akteuren. Vereine und Verbände, die oder deren Mitglieder vom Verfassungsschutz beobachtet werden, schließen wir von staatlichen Kooperationen und Geldern aus. Alle Einrichtungen, die Geld vom Staat erhalten wollen, müssen sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen und eine Erklärung gegen **Antisemitismus** abgeben. Das Bundesprogramm „Demokratie leben“ siedeln wir künftig im Bundesinnenministerium an.*
- *Öffentlichen Raum nicht dem Hass preisgeben. Delikte wie das Zeigen verfassungsfeindlicher Symbole sowie verfassungsfeindliche und **antisemitische** Äußerungen müssen mit der ganzen Konsequenz des Rechtsstaates verfolgt und geahndet werden.*

Auf S. 44 wird dem Thema Antisemitismus ein ganzes Kapitel gewidmet, das wir hier unkommentiert zitieren:

Nie wieder ist jetzt – kein Platz für **Antisemitismus**

Wir bekämpfen entschlossen Judenhass. Jüdinnen und Juden müssen in Deutschland sicher und angstfrei leben können.

- *Mehr Engagement gegen **Antisemitismus**. Wir erwarten von Parteien, Wissenschaft, Medien, Kunst und Kultur die Klarstellung, dass es in ihren Reihen keinen Raum für **antisemitische** Ansichten gibt.*
- *Verantwortung und Dialog stärken. Alle **Schülerinnen und Schüler sollen Gedenkstätten besuchen**. Das ist wichtig für ihr historisches Bewusstsein. Gleichzeitig treiben wir den Aufbau des Deutsch-Israelischen Jugendwerks zügig voran. So kann ein aktuelles, reales Bild von Israel vermittelt werden.*
- ***Kein staatliches Geld für Antisemitismus**. Zivilgesellschaftliche Organisationen, die vom Bund gefördert werden, sollen künftig ein Bekenntnis zur freiheitlich-demokratische Grundordnung und zum Existenzrecht Israels abgeben sowie gegen **Antisemitismus** im Sinne der Definition der Internationalen Allianz zum Holocaustgedenken (IHRA).*
- *Israelhass und **Antisemitismus** härter bestrafen. Das Existenzrecht Israels ist deutsche Staatsräson. Deshalb **verschärfen wir den Volksverhetzungs-Paragrafen** im Strafgesetzbuch so, dass das **Leugnen des Existenzrechts künftig strafbar** ist. Außerdem führen wir einen besonders schweren Fall der Volksverhetzung ein, der Täter umfasst, die **antisemitisch handeln**.*
- *Zugewanderten Antisemitismus bekämpfen. Wir ändern das Aufenthalts- und Asylrecht so, dass eine **antisemitische** Straftat auch zu einem Verlust des humanitären Schutzes in Deutschland und zur Abschiebung führt. Das **Bekenntnis zum Existenzrecht Israels machen wir zu einer Einbürgerungsvoraussetzung**.*

Ein weiteres Mal, ab S. 54, wird im Kapitel „Ja zu Leitkultur und Zusammenhalt“ beschrieben, wie sich die CDU das Zusammenleben in Deutschland vorstellt. Damit dies funktioniert, wird ein „Bekenntnis zu unseren Werten“ eingefordert, zu diesen gehört: „Wir verlangen ein eindeutiges Bekenntnis zu Israel und seinem Existenzrecht. Dazu gehört auch die Ablehnung von **Antisemitismus** in jeder Form.“

Im selben Kapitel, unter „Freiheit leben und Kultur fördern“, findet sich auf S. 57 ein Abschnitt mit dem Titel „Jüdisches Leben schützen und wertschätzen“:

*Seit dem Terror-Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 bricht sich in unserem Land ein lange nicht mehr vorstellbarer Judenhass Bahn. Deutschland trägt besondere Verantwortung, dagegen vorzugehen. Die Nationale Strategie gegen **Antisemitismus** und für jüdisches Leben werden wir aktualisieren und konkreten Maßnahmen umsetzen. Denn wir sind dankbar, dass es heute wieder ein lebendiges jüdisches Leben in unserem Land gibt.*

Im Forschungsbereich will die CDU ebenfalls mehr für die Sichtbarkeit jüdischen Lebens tun (S.66):

Kompetenznetzwerk für jüdische Gegenwartsforschung entwickeln. Wir bauen das Wissen über jüdisches Leben in Deutschland und weltweit aus. Die vorhandene Expertise zu jüdischer Gegenwartsforschung bündeln und stärken wir.

Die CDU hat einige relativ konkrete Vorschläge, was gegen Antisemitismus getan werden kann und muss und nimmt bei diesem sehr komplexen Phänomen die ganze Breite der Gesellschaft in den Blick.

CSU

Insgesamt 2 Treffer für „Antisemitismus“ bzw. „antisemitisch“, Link zum Wahlprogramm: https://www.csu.de/common/download/Bayern-Agenda_zur_Bundestagswahl2025.pdf

Das CSU-Wahlprogramm ist insgesamt sehr kurz. Im Kapitel „Für Recht und Ordnung in Deutschland“ wird zum Thema Islamismus erwähnt (S.12):

*Klares Stoppschild gegen Islamismus: **Antisemitische Straftaten** oder die Forderung nach einer Abschaffung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, wie z.B. durch ein Kalifat, müssen zu einer **zwingenden Regelausweisung**, zum **Versagen eines Aufenthaltstitels** und bei Doppelstaatlern zum **Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit** führen.*

Auf S. 22, im Abschnitt „Für unsere Werte, Traditionen und das Ehrenamt statt linke Ideologie“ wird die Verbundenheit mit dem jüdischen Leben in Deutschland betont:

*Grundlage unseres Zusammenlebens sind unsere christlich-jüdisch-abendländischen Werte. Das jüdische Leben in Bayern und Deutschland erfüllt uns mit Stolz. Wir werden es weiter fördern und schützen und **Antisemitismus klar die Stirn bieten**. Wer dieses Bestreben nicht teilt, kann kein Teil unserer Gesellschaft sein.*

Die CSU hat in ihrem zugegeben kurzen Wahlprogramm kaum konkrete Pläne, der Form des Antisemitismus zu begegnen, der in Deutschland beheimatet ist. Der Fokus geht vor allem auf den „Einwanderungs-Antisemitismus“. Zumindest jedoch steht die Willensbekundung, Antisemitismus die Stirn zu bieten.

Grüne

Insgesamt 11 Treffer für „Antisemitismus“ bzw. „antisemitisch“, Link zum Wahlprogramm: https://cms.gruene.de/uploads/assets/20250205_Regierungsprogramm_DIGITAL_DINA5.pdf

Gleich in der sogenannten Präambel wird konstatiert „Hass und Gewalt gegen marginalisierte Gruppen, Rassismus, **Antisemitismus** und Queerfeindlichkeit nehmen zu.“ (S.9)

Im Kapitel 2 „Einfach dabei sein“, sollen im Abschnitt „C. Mitten im Leben“, Unterpunkt „Für einen guten Start der jungen Generation“ auf S. 84 „Jugendverbände, die sich für Integration und Demokratie und gegen **Antisemitismus** und Rassismus einsetzen“ gezielt unterstützt werden.

Kapitel 3 „Frieden in Freiheit sichern“ Abschnitt „A. Eine lebendige Demokratie“, Unterpunkt „Für eine Erinnerung, die uns wach hält“ beschreibt ausführlich, dass Erinnerungsorte gepflegt werden sollen (S. 106/107), darunter auch die, „die das Menschheitsverbrechen Shoah bezeugen“:

*Die Massenverbrechen des Nationalsozialismus sind uns Mahnung: Nie wieder! Deswegen wollen wir die **KZ-Gedenkstätten mit ausreichenden Mitteln** für den Erhalt des Bestandes, für Forschung und ausstellungspädagogische, mehrsprachige Begleitung und Gedenkveranstaltungen **ausstatten**. Die Dokumente der Zentralen Stelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen sollen der Öffentlichkeit und Forschung langfristig zur Verfügung stehen. Besonders in Zeiten erstarkender geschichtsrevisionistischer und extrem rechter Kräfte und nach dem Ableben der Generation der Zeitzeug*innen sind Gedenkstätten wichtige Orte der Vermittlung eines kritischen Geschichtsbewusstseins an heutige und kommende Generationen.*

*Deswegen wollen wir allen **Schüler*innen ermöglichen, einmal** in ihrer Schulzeit eine NS-**Gedenkstätte zu besuchen** und das auch finanziell unterstützen.*

*Wir intensivieren die Beschäftigung mit **Antisemitismus**, der ideologischen Grundlage des präzedenzlosen Menschheitsverbrechens der Shoah. [...] „Nie wieder“ muss heißen: Verantwortung zu tragen für die Bekämpfung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.*

*Wir wollen die **deutsche Erinnerungskultur** weiter **für die Realität der Einwanderungsgesellschaft öffnen** und tragen dem bei der Konzeption der erinnerungspolitischen Maßnahmen Rechnung.*

*Wir wollen auch **neue Formen des Erinnerns** entwickeln und unterstützen. Erfolgreiche Programme zur Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte wie etwa „Jugend erinnert“ sollen verstetigt werden.*

Im selben Kapitel, auf S. 116, wird die generelle Strategie gegen Antisemitismus beschrieben:

*Wir gehen entschlossen gegen den zunehmenden **Antisemitismus** in unserer Gesellschaft vor – egal von wem er ausgeht. Jüdinnen und Juden müssen in Sicherheit leben können. Besonders nach den Terrorangriffen der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 steigt der **Antisemitismus** auch in Deutschland. Wir setzen uns deshalb noch stärker für die **auskömmliche Finanzierung von Maßnahmen zum Schutz jüdischer Gemeinden** und israelischer Communities ein.*

*Die Nationale Strategie gegen **Antisemitismus** und für jüdisches Leben setzen wir weiter um, denn wir wollen jüdisches Leben in seiner Vielfalt fördern und sichtbar machen. **Antisemitische Vorfälle müssen verfolgt und dokumentiert** werden. **Antisemitische** Gewalt bekämpfen wir konsequent mit allen Mitteln des Rechtsstaats. Dazu gehört es auch, **Gesetzeslücken zu schließen**. Es sollen **keine Projekte gefördert** werden, die **Antisemitismus**, Rassismus oder sonstige*

*menschenverachtende Ideologien propagieren. Wir setzen uns für die Erarbeitung einer **Antisemitismusstrategie für den digitalen Raum** ein. **Antisemitismus** hat komplexe Erscheinungsformen: Wir setzen daher auf eine **umfassende Bildungsstrategie**, die von Kindesbeinen bis ins Erwachsenenalter reicht und die Förderung von interkonfessionellem Dialog beinhaltet. Wir stärken die jüdische Gegenwartsforschung.*

*Die älteren jüdischen Generationen wollen wir stärker sozial absichern. Die Benachteiligung jüdischer Einwander*innen gegen- über den eingewanderten (Spät-)Aussiedler*innen aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion wollen wir beenden.*

Ein Schwerpunkt der Strategie der Grünen gegen Antisemitismus ist die Bildung. Antisemitismus wird als Gesamtphänomen betrachtet, es wird nicht spezifisch auf die verschiedenen Quellen des Antisemitismus eingegangen.

FDP

Insgesamt 18 Treffer für „Antisemitismus“ bzw. „antisemitisch“, Link zum Wahlprogramm: https://www.fdp.de/sites/default/files/2024-12/fdp-wahlprogramm_2025.pdf

Auch die FDP spricht gleich in der Präambel (S.4) über das zunehmende Antisemitismusproblem: „Dass sich im Land des Holocaust wieder **Antisemitismus** und Menschenfeindlichkeit in unerträglicher Art und Weise ausbreiten. Damit wollen und damit dürfen wir uns nicht abfinden.“

Unter dem Abschnitt „II. Weltbeste Bildung für selbstbewusste Bürger“ – „b. Moderne und selbstständige Schulen – bessere Bildungschancen für alle“ – „Moderne Lehrpläne und exzellente Lehrkräfte“ (S.8) beschreibt die Partei ihre Vision, das Thema Antisemitismusbekämpfung in den Schulen stärker zu verankern: „In der Schule muss außerdem auch die Auseinandersetzung mit den verschiedenen Formen von Menschenfeindlichkeit wie dem **Antisemitismus** intensiviert werden. Dazu gehört der verpflichtende Besuch einer Holocaust-Gedenkstätte und einer Synagoge als Ort aktuellen jüdischen Lebens in Deutschland, die Auseinandersetzung mit der Geschichte Israels sowie die Thematisierung aller Formen des **Antisemitismus**. Wir wollen das Deutsch-Israelische Jugendwerk weiter vorantreiben, um den Jugendaustausch zu stärken.“

Im Abschnitt „IV. Selbstbestimmt in allen Lebenslagen“ – „b. Offene Gesellschaft und liberale Demokratie“ – „Religionspolitik in der liberalen Bürgergesellschaft“ (S.24) wird bekräftigt, dass Islamverbände einer kritischen Prüfung unterzogen werden sollen, denn „Verbände, die Islamismus beschönigen, verharmlosen oder **Antisemitismus** nicht verurteilen, können hierzulande keine Partner in der Religionspolitik sein.“ Im gleichen Kapitel findet sich auf S. 25 der Abschnitt „Deutschland als sicheres Land für Jüdinnen und Juden“, hier komplett zitiert:

*„Wir Freie Demokraten wollen, dass sich Jüdinnen und Juden in Deutschland sicher fühlen können. Um das vielfältige jüdische Leben in Deutschland zu erhalten, muss **Antisemitismus** angesichts wachsender Gewalt gegen Jüdinnen und Juden noch konsequenter bekämpft werden – unabhängig davon, ob es sich um rechts- oder linksextremen **Antisemitismus**, um islamischen **Antisemitismus**, um Judenhass durch Zugewanderte oder um einen **Antisemitismus** aus der Mitte der Gesellschaft handelt. Dafür müssen Behörden alle Formen von **Antisemitismus** frühzeitig erkennen. Es ist inakzeptabel, dass Jüdinnen und Juden **antisemitische** Übergriffe immer seltener anzeigen, weil Verfahren zu oft eingestellt werden. Wir treten dafür ein, die **Arbeitsdefinition von Antisemitismus nach der IHRA** (International Holocaust Remembrance Alliance) umfassend in*

den **staatlichen Behörden zu etablieren** und diese insbesondere zur **Grundlage von Fortbildungen von Beamtinnen und Beamten** und bei der **Vergabe staatlicher Gelder** zu machen. Es dürfen **keine staatlichen Gelder** für Organisation und Projekte ausgegeben werden, die das **Existenzrecht Israels** in Frage stellen. Auch die Nutzung öffentlicher Räumlichkeiten muss untersagt werden, wenn Veranstaltungen den friedlichen Verlauf der öffentlichen Diskussion gefährden. Die Verbote des extremistischen Netzwerks Samidoun oder des Islamischen Zentrums Hamburg waren überfällig. Wir wollen deshalb weitere **Betätigungs- und Organisationsverbote prüfen**, wie beispielsweise gegen die rechtsextremen türkischen Grauen Wölfe, die antiisraelische Organisation Masar Badil oder die **antisemitische** BDS-Bewegung. **Strafbarkeitslücken** wollen wir **konsequent schließen**.“

Ebenso in diesem Kapitel, Abschnitt „Integration ermöglichen und gestalten“ (S. 27/28) wird betont, dass „die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit am Ende einer gelungenen Integration steht“ und dass „**antisemitische**, rassistische, fremdenfeindliche Handlungen oder Motive [...] einen strengen Ausschlussgrund“ darstellen.

Schließlich betont auf S. 50, im Kapitel „VII. Freiheit, Sicherheit und Menschenrechte weltweit“ – „c. Deutschland und Israel“ der Abschnitt „Konsequent gegen **Antisemitismus**“ folgendes:

*In Deutschland ist jüdisches Leben verstärkt durch **antisemitische** Gewalt gefährdet. Wir Freie Demokraten wollen, dass sich Jüdinnen und Juden überall in Deutschland sicher fühlen können. **Jüdisches Leben gehört in die Öffentlichkeit und muss dort angstfrei gelebt werden können.** Antisemitismus muss deshalb konsequenter bekämpft werden – unabhängig davon, aus welcher Richtung dieser kommt. Dafür müssen Behörden alle Formen von **Antisemitismus** frühzeitig erkennen. Es dürfen zudem keine staatlichen Gelder für Organisation und Projekte ausgegeben werden, die das Existenzrecht Israels in Frage stellen. Wir wollen zudem mehr Betätigungs- und Organisationsverbote für antisemitische Organisationen.*

Die FDP macht relativ konkrete Vorschläge, wie man die verschiedenen Facetten des Antisemitismus bekämpfen kann. Die verschiedenen Quellen des Antisemitismus-Phänomen werden wahrgenommen.

AFD

Insgesamt 2 Treffer für „Antisemitismus“ bzw. „antisemitisch“, Link zum Wahlprogramm: https://www.afd.de/wp-content/uploads/2025/02/AfD_Bundestagswahlprogramm2025_web.pdf

Im Kapitel „Asyl- und Migrationspolitik“ wird auf S. 101 ein „Maßnahmenkatalog zur Umkehr“ der „migrationspolitischen Staatsversagens“ vorgestellt. Ein Punkt dabei:

*Dem Import ausländischer Konflikte auf deutschem Boden werden wir nicht länger tatenlos zusehen. Das gilt für die Ausrufung des Kalifats genauso wie für muslimischen **Antisemitismus**. Die Remigration ausländischer Straftäter werden wir auch in diesem Zusammenhang deutlich erleichtern.*

Ebenso wird im Kapitel „Innere Sicherheit“ erklärt die AFD auf S. 123 im Abschnitt „Einer weiteren Ausbreitung des Islam treten wir entgegen“:

*Jüdisches Leben wird in Deutschland vorwiegend von juden- und israelfeindlichen Muslimen bedroht. Angriffe auf Juden sowie **antisemitische** Beleidigungen müssen konsequent strafrechtlich*

geahndet werden. Die Al-Quds-Tage in Berlin, wo Demonstranten die Zerstörung Israels fordern, sind dauerhaft zu verbieten.

Der Komplexität des Antisemitismusproblems in unserem Land werden die Vorschläge der AFD kaum gerecht in ihrer Blickrichtung, die sich auf den Islam beschränkt.

Linke

Insgesamt 3 Treffer für „Antisemitismus“ bzw. „antisemitisch“, Link zum Wahlprogramm: https://www.die-linke.de/fileadmin/user_upload/Wahlprogramm_Langfassung_Linke-BTW25_01.pdf

Auf S. 48 beschreibt die Linke ihre Wünsche „für ein Land, in dem alle mitbestimmen können“: Gleich zu Beginn wird die Bedrohung aus dem rechten Spektrum beschrieben – rechte Gewalt; Parolen und Rhetorik der Rechtsradikalen und Normalisierung des rechtsextremen Gedankenguts. Hierzu betont die Partei: „Wir stellen uns gegen **Antisemitismus**, Antifeminismus und Rassismus in jeglicher Form und egal, woher er kommt.“

Im Kapitel „Für eine gerechte Einwanderungsgesellschaft, Asylrecht verteidigen“ (S.52) wird klargestellt, dass die Linke für eine „solidarische Einwanderungsgesellschaft“ steht, mit gleichen Rechten und Chancen für alle. Hierbei will sie „kämpfen gegen **Antisemitismus**, Antiziganismus, antimuslimischen Rassismus, Anti-Schwarzen Rassismus sowie jede andere Form von Rassismus und für ein Ende von struktureller wie auch institutioneller Diskriminierung.“ Im selben Kapitel, auf S. 53/54, soll ein Demokratiefördergesetz eingeführt werden, mithilfe dessen „zivilgesellschaftliche Gruppen, die sich gegen Rassismus, **Antisemitismus**, Homo- und Transfeindlichkeit, Antiziganismus, antimuslimischen Rassismus und für mehr Demokratie engagieren, sowie Flüchtlingsräte, migrantische Verbände, selbstverwaltete Beratungsangebote und die Selbstorganisation von Migrant*innen“ gestärkt und dauerhaft gefördert werden sollen.

Das Thema Antisemitismus scheint die Linke nur als eines von vielen ausgrenzenden Verhaltensweisen zu erkennen und dementsprechend nur in entsprechenden Auflistungen zu erwähnen. Eigene Ideen, dieses spezifische Problem wirksam zu bekämpfen gibt es kaum.

BSW

Insgesamt 2 Treffer für „Antisemitismus“ bzw. „antisemitisch“, Link zum Wahlprogramm: <https://bsw-vg.de/wp-content/themes/bsw/assets/downloads/BSW%20Wahlprogramm%202025.pdf>

Die einzigen Treffer zum Thema Antisemitismus ist die Kritik am Bundestagsbeschluss von November 2024 auf Seite 7:

*Die vom Bundestag im November 2024 verabschiedete **Antisemitismus**-Resolution verengt den innenpolitischen Debattenraum, indem sie Kritik an Israel weitgehend mit **Antisemitismus** gleichsetzt. Das BSW unterscheidet zwischen dem selbstverständlichen Schutz jüdischen Lebens in Deutschland und einer sachlich gebotenen Kritik an israelischen Regierungspositionen.*

Das BSW hat keine Vorschläge, wie man dem wachsenden Antisemitismus Herr werden kann. Wenigstens gilt der Schutz jüdischen Lebens in Deutschland als „selbstverständlich“.